

Drei Gründe, weshalb Gorbatschow seine Verbündeten fallen liess und die deutsche Vereinigung ermöglichte

Es war ein schmales Zeitfenster, das 1989 den Fall der Mauer möglich machte. Die zentrale Rolle spielte Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Ex NZZ 29.10.2019

Man stelle sich vor, im Herbst 1989 wäre nicht Michail Gorbatschow, sondern Wladimir Putin der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewesen. Wäre dann die Berliner Mauer gefallen? Hätte es die «samtenen» Revolutionen in Ostmitteleuropa, die demokratische Wiedergeburt seiner Staaten und eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gegeben? Die einhellige Antwort dürfte lauten: wohl kaum.

Unbestreitbar öffnete sich nur für wenige Monate, höchstens ein Jahr, ein Zeitfenster, das nationale und internationale Umbrüche von solchem Ausmass ermöglichte. In Deutschland erkannte Helmut Kohl die einmalige Chance und ergriff sie, wie ihm selbst die Opposition attestierte, ebenso beherzt wie geschickt und erfolgreich. Seitdem ist die Frage nicht verstummt, warum Gorbatschow – nicht nur anders als Breschnew 1968 in Prag, sondern auch anders als der Reformers Chruschtschow 1956 in Budapest – nicht einschritt, keine Panzer rollen liess und zusah, wie die Marionettenregime von sowjetischen Gnaden zusammenbrachen.

Die Antwort ist auf drei Ebenen zu suchen: der programmatisch-ideologischen, der aussen- und wirtschaftspolitischen und der personalen, der «Chemie» zwischen den hauptsächlichen Akteuren.

Der riskante Aufbruch der Perestroika

Für das Programm der Perestroika konnte nichts schädlicher sein als Gewalt. Der Umbau (wörtlich übersetzt) zielte auf alle Bereiche der bestehenden Ordnung, die innere politische ebenso wie die soziale, wirtschaftliche und geistig-kulturelle. Er sollte, jedenfalls nach dem anfänglichen Scheitern rein ökonomischer Massnahmen und einer Kampagne für mehr Arbeitsdisziplin (1985–86), nicht nur blosser Reform sein, sondern den Gesamtstaat von Grund auf erneuern.

Leitende Idee war dabei die Einsicht, dass die Menschen sich nur engagieren würden – am Arbeitsplatz ebenso wie im öffentlich-sozialen Leben –, wenn die allgegenwärtige Kontrolle, wenn Vorschriften und Massgaben verschwinden und mehr Eigeninitiative und individueller Einsatz gefördert würden. Dafür aber war mehr Bewegungs- und Geistesfreiheit samt der Möglichkeit ihrer Umsetzung nötig. Wer die Bevölkerung aus der Lethargie holen wollte, musste ein Mindestmass an Pluralismus erlauben, im wirtschaftlichen Leben ebenso wie im öffentlich-politischen.

Am schwersten fiel Gorbatschow die Umsetzung dieses Programms in der Wirtschaft. Hier ging er bis zuletzt äusserst vorsichtig zu Werk, weil er den Rubikon des Privateigentums nicht zu überschreiten vermochte. Einfacher war es, die Pressezensur aufzuheben und die Meinungsäusserung weitgehend freizugeben. Dies geschah Anfang 1987 in Gestalt von Glasnost. Die neue Öffentlichkeit (oder auch Transparenz) brachte aber nahezu zwangsläufig den Zusammenschluss Gleichgesinnter und die gemeinsame Verfolgung verwandter Interessen mit sich. Sie förderte eine Gruppenbildung, die ein Jahr später im Sommer 1988 einen massiven Schub erhielt: Erstmals seit gut siebzig Jahren wurde ein Volksdeputiertenkongress neuer Art zu einem Drittel frei gewählt.

Als sich diese Politisierung Anfang 1989 in den nichtrussischen Teilrepubliken mit nationalistisch-separatistischen Inhalten auflud, lag das praktische Dilemma der schönen Idee vom «Umbau» endgültig zutage: Wie sollte sich die Regierung bei öffentlichen Manifestationen verhalten, die sich gegen ihre Absichten richteten oder deren Verwirklichung (nach ihrer Meinung) sogar verhinderten?

Bereits im April 1989 kam es im georgischen Tbilissi zur ersten Nagelprobe, als sowjetische Truppen einen Demonstrationszug blutig auflösten. Gorbatschow distanzierte sich umgehend von diesem Vorgehen und machte lokale, dem alten Denken verhaftete Armeeführer dafür verantwortlich. Vermutlich traf dies auch zu. Denn ihm und seinen Ratgebern war nur allzu klar: Jegliche Gewalt vonseiten des Staates, auch gegen ärgste Gegner, vertrug sich nicht mit den vielfach propagierten Grundsätzen von Glasnost und Perestroika.

Ein Massaker wie zwei Monate später auf dem Tiananmen in Peking durfte es nicht geben. Denn anders als der chinesische Reformler Deng Xiaoping, der die uneingeschränkte Herrschaft der Partei nie infrage stellte, hatte Gorbatschow freie politische Meinungsäusserung und Demokratie versprochen. Anders gesagt: Offene Gewalt hätte ihn und seine Politik Lügen gestraft.

Abrüstung und Entspannung

Womöglich noch entscheidender war die damalige Aussenpolitik der Sowjetunion. Sie konnte angesichts wachsender innerer Blockaden nicht nur als erfolgreichster Aspekt des «Umbaus» gelten. Zugleich zählte sie zu den wichtigsten Antrieben, so dass ihr zweifach zentrale Bedeutung zukam. Nicht ohne Ursache gab Gorbatschow gleich nach seiner Wahl im März 1985 Order, sich um die Wiederaufnahme der zwei Jahre zuvor ausgesetzten Abrüstungsgespräche mit den USA zu bemühen.

Schon im Herbst kam es in Genf zu einem ersten Gipfeltreffen mit Ronald Reagan, dem er weitreichende Angebote unterbreitete. Auch wenn man sich ein Jahr später in Reykjavik über Reagans kühne – und teure – Pläne eines Raketenabwehrsystems im Weltall (SDI) nicht einigen konnte, gelang ein Durchbruch. Gorbatschow konnte bei seinem ersten Besuch der USA im Dezember 1987 den bis dahin grössten, in jedem Fall sichtbarsten Triumph des «neuen Denkens» präsentieren: Erstmals wurde mit dem INF-Vertrag eine ganze Waffengattung, Raketen mittlerer Reichweite (SS-20 auf sowjetischer und die Pershing auf amerikanischer Seite), beseitigt.

Dies wäre für die Durchsetzung der Perestroika im internen Machtkampf nicht so bedeutend gewesen, wenn die Aussenpolitik nicht zugleich inneren Zielen gedient hätte:

Das Ende des Wettrüstens sollte die Staatsfinanzen entlasten und Ressourcen frei machen für dringend erforderliche wirtschaftliche und andere Reformen. Sie sollte eine Umsteuerung der Investitionen vom militärischen in den zivilen Bereich ermöglichen und die chronische Agrarkrise samt der allgegenwärtigen Versorgungsdefizite beheben helfen. Kurz, äussere Entspannung und Abrüstung in neuer Dimension bildeten nachgerade eine Voraussetzung für das Gelingen des ehrgeizigen Plans des Umbaus des Staates an Haupt und Gliedern.

Als nun im Jahr nach diesem Erfolg – ermutigt durch die politische Liberalisierung – der Protest gegen die konservativen kommunistischen Regime des Ostblocks immer lauter wurde und die Opposition in Polen eine Mitsprache erzwang, die zum Vorbild für den wachsenden Widerstand in anderen Ländern wurde, sahen sich Gorbatschow und seine Berater auch aussenpolitisch vor eine existenzielle Wahl gestellt: die Lage mit Gewalt unter Kontrolle zu bringen und dadurch die Errungenschaften ihrer neuen Politik zunichtezumachen oder die Satellitenstaaten aus der sowjetischen Hegemonie, aus jenem *cordon sanitaire*, den Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen hatte, zu entlassen.

Auch in diesem Fall entschied Gorbatschow gegen Panzer und Gewehre. Der Gewinn an äusserer und innerer finanziell-wirtschaftlicher Entspannung schien ihm wichtiger als der Verlust an weltpolitischer Macht. Hinzu kam, dass Gorbatschow sicher aufrichtig eine Art von internationalen Beziehungen anstrebte, die sich nicht in erster Linie auf militärische Macht stützte. Bekanntlich suchte er ein «Zimmer im europäischen Haus» durch Bündnisse und gute Nachbarschaft, nicht durch Zwangsandrohung und Kontrolle. Ein solches Zimmer wäre ihm auf absehbare Zeit versperrt geblieben, hätte er im Herbst 1989 anders gehandelt.

Im Übrigen hatte er auch innenpolitisch alle Hände voll zu tun. Denn um diese Zeit begann die separatistische Bewegung der Teilrepubliken, die in den folgenden anderthalb Jahren zu einer Unabhängigkeitserklärung nach der anderen führte und den Präsidenten der Sowjetunion zum Befehlshaber ohne Heer machte.

Die «Chemie» des Persönlichen

Schliesslich sollte man den personalen Faktor, die *dramatis personae*, nicht vergessen. Wie meist ist sein Einfluss besonders schwer zu gewichten, und sicher gehört es zum Beruf eines Politikers, Emotionen so weit wie möglich ausser Acht zu lassen, um sich allein auf die Sache zu konzentrieren. Dennoch spricht vieles dafür, dass gerade in den deutsch-sowjetischen Beziehungen jener Jahre Sympathien und Aversionen ein erhebliches Gewicht zukam.

Um mit Letzteren zu beginnen: Auch wenn Gorbatschow bei den Festlichkeiten zum 40-Jahr-Jubiläum der DDR in Ostberlin Anfang Oktober 1989 den vielzitierten Satz «Wer zu spät kommt, den straft die Geschichte» nicht so griffig formuliert hat – er machte durch eine solch undiplomatische Kritik aus seiner Abneigung gegen Honecker als den vielleicht Starrköpfigsten in der Riege der alten Herren an der Spitze seiner Bruderstaaten kein Hehl.

Umgekehrt zeigte sich, dass Helmut Kohls höchst unglückliche Bemerkung über die Ähnlichkeit der Public-Relations-Qualitäten von Gorbatschow und Goebbels (1986) das beiderseitige Verhältnis nicht lange belastete. Im Gegenteil, im entscheidenden Jahr der Gespräche über das Schicksal der DDR seit dem Herbst 1989 bildete sich eine Art Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Staatschefs heraus. Man schätzte und verliess

sich auf einander. Das war nachgerade bei einem so schwierigen und heiklen Problem eine Voraussetzung für eine Einigung.

Mindestens gleich wichtig war das gute Einvernehmen zwischen den beiden Aussenministern Schewardnadse und Genscher. Von Ersterem wird in Anspielung auf das geteilte Berlin der Satz kolportiert, er könne sich ein geteiltes Tbilissi – die Hauptstadt Georgiens, wo er lange Erster Parteisekretär war – nicht vorstellen. Ähnlich dachten andere enge Vertraute Gorbatschows. Ihnen lag die Umsetzung der Perestroika entschieden näher als die Sorgen altgedienter Parteifunktionäre im Ausland, die mit guten Gründen im Verdacht standen, die Reformen zutiefst zu missbilligen.

Als dann noch der neue amerikanische Präsident George Bush senior und sein Aussenminister James Baker ebenso gern gesehene Gäste im Kreml wurden wie ihre Vorgänger und Frankreichs Präsident François Mitterrand mit dem Angebot einer europäischen Währungsunion gewonnen worden war, konnte sich auch Margaret Thatcher der Zustimmung zur deutschen Einheit nicht länger versagen.

Bei alledem scheint die gegenseitige Sympathie aber auch dazu geführt zu haben, dass nicht alles Besprochene vertraglich festgehalten wurde. Bis heute ist die Kernfrage umstritten, ob Bush und seine Kollegen seinerzeit, wie Gorbatschow behauptet, fest zugesagt hätten, die Nato von der russischen Grenze fernzuhalten – oder eben nicht, wie die Gegenseite versichert. Vielleicht wäre die deutsche Einheit gar nicht völkerrechtlich besiegelt worden, hätte man auch darüber noch eine schriftliche Einigung herstellen müssen – so wie sie wohl ganz ausgeblieben wäre, hätten die drei genannten Faktoren nicht in diesem einen Zeitfenster zusammengewirkt.

Manfred Hildermeier ist Professor emeritus für Osteuropäische Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind die russische Geschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts und die Geschichte der Sowjetunion.





Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl (l.) mit dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow bei Gesprächen über die Natomitgliedschaft des vereinigten Deutschland (17. April 1990 in Archiz, Nordkaukasus). Offene Hemdkragen und Strickjacken zeugen vom Versuch, informell und ohne grosses Protokoll das Problem anzupacken. (Bild: Roberto Pfeil / AP)

Zerfall des Ostblocks

1988 1989 1990 1991



1988: Die Sowjetunion mit ihren Blockstaaten sowie Jugoslawien und Albanien.



1989: Abfall von Polen, der CSSR und Ungarn.



1990: Ausstieg der DDR, Bulgarien und Rumänien sowie die Sowjetrepubliken Estland, Lettland, Litauen und Armenien.



1991: Jugoslawien, Albanien und die Sowjetrepubliken Georgien, Ukraine, Weissrussland, Moldau, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Aserbaidschan, Turkmenistan und Kasachstan.



Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der KPdSU (l.), und der amerikanische Präsident Ronald Reagan beim Handschlag am 19. November 1985 während des Gipfeltreffens in Genf. (Bild: Lehtikuva / Jansson / EPA)



Der amerikanische Präsident Ronald Reagan (l.) und der Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow stossen am 8. Dezember 1987 in Washington auf den INF-Vertrag an. Das Abkommen sah den vollständigen Abbau von Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen bis 1991 vor. (Bild: White House / EPA)



Bruderkuss oder Todeskuss? Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow (l.) wird zu den Feierlichkeiten zum 40. Staatsjubiläum der DDR am 8. Oktober 1989 in Ost-Berlin vom Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker empfangen. (Bild: Wolfgang Kumm / dpa / EPA)



*Gorbatschow mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in Chequers am 16. Dezember 1984.
(Bild: Terry Disney / Express / Getty)*